

umweltdetektive grenzenlos



Menschen kommen nach Europa, die aus den unterschiedlichsten Gründen aus ihren Heimatländern flüchten müssen. Darunter sind auch viele Kinder mit ihren Familien. Das Bundesjugendwerk der AWO und die Naturfreundejugend Deutschland möchten, dass diese Menschen an deren Veranstaltungen teilhaben können. Deshalb ist im Oktober 2016 das Projekt „Umweltdetektive grenzenlos“ gestartet.

Ziel ist es, vor allem mehrsprachige Umweltbildungsmaterialien sowie ein Multiplikator*innen-Handbuch für die Jugendverbandsarbeit und außerschulische Umweltbildung zu entwickeln. Die Materialien ermöglichen es, Umweltbildungsveranstaltungen für Kinder mit und ohne Flucht- bzw. Migrationshintergrund im Grundschulalter durchzuführen. Insgesamt bestehen die Umweltdetektive grenzenlos-Materialien aus fünf Aktionskarten-Sets zu den Themen Einstieg & Kennenlernen („Los geht’s“), Feuer, Wasser, Erde und Luft sowie fünf begleitenden pädagogischen Handbüchern. Die Aktionskarten und Handbücher sind im kompakten Materialordner oder auch einzeln bestellbar. Zudem gibt es ein „Umweltdetektive-Erlebnisbuch“, das als persönliches Mitmach-Buch von den Kindern bei einzelnen Aktionen genutzt werden kann. Neben dem gemeinsamen Naturerlebnis liegt der Fokus der Aktionen auf der spielerischen Sprachförderung. Nach der Erarbeitung der Materialien und einer Erprobungsphase im Spätsommer 2017 fanden in 2018 drei bundesweite Multiplikator*innen-Workshops statt, in denen die Materialien vorgestellt und die Teilnehmenden wertvolle Tipps und Hinweise für deren Einsatz erhielten.

www.bundesjugendwerk.de/umweltdetektive-grenzenlos

CO₂-Fußabdruck in Betreuung und Pflege



Die AWO hat in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam mit Viabono den CO₂-Fußabdruck für Kindertagesstätten und stationäre Pflegeeinrichtungen entwickelt. Ein Instrument, das den Einrichtungen dabei helfen soll, die richtigen Maßnahmen für den Klimaschutz in ihren Häusern zu identifizieren und umsetzen. AWO-Kits und stationäre Pflegeeinrichtungen der AWO sind eingeladen, sich daran zu beteiligen.

Dabei haben die Einrichtungen zunächst rund drei Monate Zeit, die für sie relevanten Daten zusammenzutragen und in einen Online-Fragebogen einzupflegen. Anschließend erfolgt durch Viabono eine detaillierte Auswertung sowie ein umfassender Benchmark. Für jede Einrichtung werden dabei u. a. die folgenden Informationen bereitgestellt:

- Jährliche CO₂-Emission pro Betreuungs-/Pflegeplatz
- Verteilung der Emissionen nach Quellen (Heizung, Strom, Mobilität usw.)
- Energieverbrauch pro Betreuungsplatz (Strom & Heizung)
- Vergleich aller Kennzahlen mit dem AWO-Durchschnitt sowie den klimafreundlichsten AWO-Einrichtungen („Top-Runnern“)
- Ranking in sogenannten „Klimaeffizienzklassen“

Alle Ergebnisse werden schriftlich aufbereitet und den Einrichtungen zusammen mit einem Zertifikat zur Verfügung gestellt. Sie bilden die Basis für Veränderungen und Maßnahmen, um die Klimabilanz von AWO-Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege zu verbessern.

www.awo.org/klimaschutz-co2-fussabdruck-fuer-kitas-und-pflege-startet

WECF Film und Kampagne „not wasting our future“



17 Jugendliche aus 10 Ländern dokumentieren ihren Müllverbrauch in einem Film, der auf der 6. Ministerkonferenz zu Umwelt und Gesundheit in Ostrava vorgestellt wurde. Projekteigenständigkeit und Anerkennung prägen das Bewusstsein der Jugendlichen und ihres Umfelds. Die Kampagne erhielt mehr Aufmerksamkeit auf Social Media als die Konferenz, wurde in weiteren Ländern vorgestellt und war Basis für die Gründung einer WECF Youth Gruppe, die sich für die Umsetzung der SDG einsetzt.

www.youtube.com/watch?v=1TMJ56py5TU

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Freiwilligendiensten



In den Freiwilligendiensten in Deutschland erwerben jährlich rund 100.000 Freiwillige durch den praktischen Einsatz im sozialen Bereich, in Natur- und Umweltschutz, in der Kultur oder im Sport persönliche, soziale und fachliche Kompetenzen. Die gesetzlich vorgeschriebenen Bildungstage der Freiwilligendienste bieten einen besonderen Rahmen für non-formales Lernen. Die Bildungsseminare eröffnen Räume für fachliche Inhalte, die auf das Einsatzfeld der Freiwilligen bezogen sind sowie für Inhalte aus dem Bereich der gesellschaftspolitischen Bildung.

Das Kooperationsprojekt von vier Verbänden – der Arbeiterwohlfahrt, dem Naturschutzbund, den Evangelischen Freiwilligendiensten und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend – hat die Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Fokus dieser Bildungsarbeit gesetzt. Verbunden mit dem Ziel, den Ansatz der BNE als Querschnittsaufgabe in der pädagogischen Begleitung zu verankern, wurden deutschlandweit verbändeoffene Fortbildungsangebote geschaffen. Mit dem Material- und Referent*innen-Pool erfahren Interessierte auch nach Projektende weiterhin Unterstützung bei der Umsetzung von BNE. In der Zukunft wird der Verbände- und sektorenübergreifende Dialog mit konkreten Kooperationen zur Förderung von Debatten und Initiativen – als Beitrag zu einer sozial und ökologisch gerechten gesellschaftlichen Transformation – fortgesetzt.

bne-freiwilligendienste.de/

Kommunen als zentrale Akteure für die geschlechtergerechte Umsetzung der SDG



Kommunen sind der Ort, wo unser Lebensalltag stattfindet, wo wir – im Idealfall – nahe an den Politentscheidungen sind und unmittelbaren Druck ausüben können in unseren Arbeits- und Konsumentscheidungen und als Expert*innen und Aktivist*innen. Zwei Konferenzen in München widmeten sich dem SDG 5 „Geschlechtergleichheit“ auf kommunaler Ebene. Die daraus entstandene Publikation mit Good Practice Beispielen und Forderungen wird kommunalen Mitarbeiter*innen zur Verfügung gestellt, um auf die unterstützende Funktion der SDG als Rahmenwerk aufmerksam zu machen und Fortschritt zu SDG 5 und SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ zu erreichen.

wecf.eu/german/news/2017/Munich-SDGevent-feb2017.php

wecf.eu/german/news/2017/sdgs-muenchen.php

vision 2030

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) haben gezeigt, dass Erfolge in der menschlichen Entwicklung möglich sind, wenn der politische Wille zur Gestaltung und Veränderung da ist. Der Abschlussbericht zur Umsetzung der Ziele stellt fest, dass die weltweite Armut in den letzten zwei Jahrzehnten signifikant gesunken ist. Die Zahl der Kinder, die keine Grundschule besuchen, ist seit dem Jahr 2000 um fast die Hälfte auf geschätzte 57 Millionen gefallen. Darüber hinaus besuchen heute wesentlich mehr Mädchen die Schule als noch vor 15 Jahren. Eine starke Veränderung misst der Bericht bei der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren. Im Bereich HIV/Aids ist die Zahl der Neuinfektionen laut Bericht zwischen 2000 und 2013 um 4 % gefallen. Auch die Müttersterblichkeit ist seit 1990 fast um die Hälfte gesunken. Der Bericht gibt an, dass ozonschädliche Substanzen seit 1990 nahezu vollständig abgeschafft wurden.

Dennoch räumt Richard Dictus, Vertreter für das UN-Entwicklungsprogramm in Deutschland, ein, dass es noch viele offene Probleme gibt. So würden zwar mittlerweile weniger Menschen in Armut leben. Gleichzeitig habe jedoch die Ungleichheit zugenommen – einerseits zwischen den Ländern, andererseits innerhalb der Länder. Daher ist eine zentrale Forderung der Agenda 2030, Gleichheit in und zwischen Ländern bis zum Jahr 2030 zu verringern. Gesetze und internationale Verträge müssen durch Politiker*innen stringent gestaltet werden, damit Erfolge auf einem Gebiet nicht durch Fehlschläge auf anderen Gebieten relativiert werden. Die größte Aufgabe besteht für uns alle darin, unsere eigene Agenda 2030 auf lokaler Ebene, beruflich und privat, umzusetzen. Dazu müssen wir unseren Ressourcenverbrauch kritisch hinterfragen, Handlungsspielräume identifizieren und eine Vision gestalten, wie wir und unsere Nachkommen ab dem Jahr 2030 leben möchten. Dann gilt es, unsere Vision Schritt für Schritt umzusetzen.

Es bleibt eine wichtige Aufgabe der Zivilgesellschaft, die Umsetzung der globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung durch die Bundesregierung zu beobachten, zu begleiten und selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Agenda 2030 lädt dazu ein, aus fachlichen Sektoren herauszukommen und neue Allianzen zu schmieden, um zivilgesellschaftliche Expertise aus allen Richtungen zu bündeln und damit für eine gute Begleitung der Umsetzung zu sorgen. Der Schulterschluss zwischen sozialen, ökologischen, menschenrechtsbasierten und anderen Organisationen eröffnet neue Handlungsspielräume und innovative Projektideen.

Impressum

Herausgebende & Redaktion



AWO International
Als Fachverband der Arbeiterwohlfahrt fördert AWO International Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe. Im Inland setzen wir durch entwicklungspolitische Mitmach-, Informations- und Bildungsangebote weitere Impulse.

Kontakt:
Roman Fleißner
Globales Lernen & Agenda 2030
Tel. +49 (0)30/25292 364
roman.fleissner@awointernational.de



Forum Umwelt und Entwicklung
Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher Nichtregierungsorganisationen in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung.

Kontakt:
Elisabeth Staudt
Nationale Nachhaltigkeitspolitik
Tel +49 (0)30/678 1775 916
staudt@forumue.de



Women Engage for a Common Future
Als globales Netzwerk strebt WECF danach, Umwelt, Gesundheit und Wirtschaft ins Gleichgewicht zu bringen und dabei die unterschiedlichen Bedürfnisse und Perspektiven von Frauen und Männern zu berücksichtigen.

Kontakt:
Katharina Habersbrunner
Nachhaltige Energie- & Klimalösungen
Tel. +49 (0)89/2323 938 13
katharina.habersbrunner@wecf.org



1. Auflage: 10.000.
Layout: Marischka Lutz, www.marischkalutz.de

This factsheet has been produced with the financial assistance of the European Union. The contents of this publication are the sole responsibility of AWO International e.V., Forum Umwelt und Entwicklung e.V. and WECF Deutschland e.V. and can under no circumstances be taken as reflecting the position of the European Union.



globale ziele für nachhaltige entwicklung



2015 wurde die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ von den 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) verabschiedet, darunter auch Deutschland. Mit Hilfe der Agenda will die Weltgemeinschaft die globalen Herausforderungen wie Armut, Hunger und Klimawandel bewältigen. Kern der Agenda sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG), die bis 2030 erreicht werden sollen. Die Agenda 2030 ist universell gültig, d. h. alle Länder der Erde müssen die 17 SDG und ihre 169 Unterziele umsetzen, also auch Deutschland und die anderen Industrienationen. Über ihre Umsetzung sollen Staaten regelmäßig bei internationalen Treffen im Rahmen der UN berichten.

umsetzung in und durch deutschland – was muss passieren?

Um die SDG zu verwirklichen, muss sich die Politik innerhalb Deutschlands an den Zielen ausrichten, darf deutsche Politik über nationale Grenzen hinaus nicht den SDG widersprechen und müssen andere Länder bei deren nationaler Umsetzung unterstützt werden.

Die Bundesregierung hat zur Umsetzung der SDG in und durch Deutschland die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als politischen Rahmen gewählt und in der Neuauflage von 2017 entlang der SDG strukturiert. Anhand ausgewählter Indikatoren soll die nachhaltige Politik gefördert und deren Umsetzung gemessen werden. Des Weiteren gibt es bestehende politische Institutionen, wie den Parlamentarischen Beirat sowie den Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung, die die Umsetzung der SDG begleiten. Geleitet wird die Umsetzung vom Kanzleramt.

Obwohl die Umsetzung der SDG strukturell damit in Deutschland gut aufgestellt ist, befürchten zivilgesellschaftliche Organisationen, dass die Umsetzung der SDG nur in wenigen Bereichen erfolgen wird. Denn die Nachhaltigkeitsstrategie hat nur wenige der SDG Unterziele ausgewählt und bildet somit bei Weitem nicht den Umfang der Agenda 2030 ab. Darüber hinaus gelten die Ziele sowie die Nachhaltigkeitsinstitutionen als sehr schwache Politikinstrumente, die nur geringen Einfluss auf wichtige politische Entscheidungen haben.

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen fordern aus diesem Grund, dass ein umfassender und verbindlicher nationaler Umsetzungsplan erstellt werden muss. Sämtliche Gesetzesvorhaben und Politikstrategien müssen künftig auf Kompatibilität mit der Agenda 2030 geprüft und korrigiert werden. Dies erfordert umsetzungsstarke Strukturen, wie einen „SDG-TÜV“ im Gesetzgebungsprozess. Zudem müssen ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, Zivilgesellschaft, Fachbehörden wie statistische Ämter usw.) bereitgestellt werden.

Die Agenda 2030 bietet einen wichtigen Referenzrahmen, um eine nachhaltige Entwicklung hin zu einer sozial-ökologisch verträglichen Gesellschaft in und durch Deutschland kritisch zu begleiten.

Zivilgesellschaftliche Organisationen warten nicht, bis die erforderlichen Reformen auf der politischen Ebene eingeleitet wurden. Bereits jetzt nutzen zahlreiche Verbände die Agenda 2030, um von kommunalen bis zur globalen Ebene ihre Forderungen für eine nachhaltige Entwicklung und sozial-ökologische Transformation zu formulieren und umzusetzen.

umsetzung auf allen ebene – die bedeutung für uns

Die globale Nachhaltigkeitsagenda ist nicht nur für Staaten, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung, sondern auch für jede und jeden von uns. Vor allem im globalen Norden steht unser Konsumverhalten im Zentrum der Aufmerksamkeit aller gesellschaftlichen

Kräfte. Daher dürfen und sollen wir alle unseren persönlichen Einflussbereich nicht unterschätzen. Wir müssen unsere ressourcenintensiven Lebensstile kritisch hinterfragen, auf Zukunftsfähigkeit überprüfen, ein globales Solidaritätsgefühl entwickeln und die planetarischen Grenzen anerkennen. Der Wandel beginnt bei uns und setzt sich in unserem direkten persönlichen Umfeld, bei unserem gesellschaftlichen Engagement und bei unseren Wahlentscheidungen fort.

Ein Baustein: Make Europe sustainable for all!



makeeuropesustainableforall.org

Gemeinsam mit 28 europäischen Organisationen macht das Projekt „Make Europe Sustainable for All!“ regional, national und europaweit auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN aufmerksam und setzt sich für konkrete Umsetzungsschritte der Agenda 2030 ein. Dabei ist es ein wichtiges Ziel, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Europa zu schaffen und die Kapazitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen für die kritische Begleitung der Umsetzung der Agenda 2030 zu stärken.



ziele

Armut in jeder Form und überall beenden, Zugang zu Land und armutsreduzierenden Dienstleistungen garantieren.	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen, nachhaltige Landwirtschaft fördern.	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten, lebenslanges Lernen fördern, Mütter- und Kindersterblichkeit senken, schwere Krankheiten bekämpfen.	Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten, lebenslanges Lernen fördern, Zugang zu Bildung für nachhaltige Entwicklung gewähren.	Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen, Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen beenden.	Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten, wasserverbundene Ökosysteme schützen.	Zugang zu bezahlbarer, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern. Anteil erneuerbarer Energien erhöhen.	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.	Eine nachhaltige Infrastruktur und Industrialisierung unter schonendem Ressourceneinsatz fördern.	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern. Globale Finanzmärkte regulieren und überwachen. Migration sicher und verantwortungsvoll gestalten.	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher und nachhaltig gestalten. Sicherung bezahlbaren Wohnraums und nachhaltiger Verkehrssysteme. Umweltbelastungen senken.	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster und effiziente Ressourcennutzung sichern. Nahrungsmittelverschwendung verringern. Öffentliche Beschaffung nachhaltig gestalten.	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen und in nationale Politiken und Strategien einbeziehen.	Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen. Übersicherung beenden, Küsten schützen.	Landökosysteme schützen und wiederherstellen. Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverlust und Verlust der Artenvielfalt beenden.	Friedliche und inklusive Gesellschaften fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen, leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen aufbauen.	Globale Partnerschaften aufbauen, 0,7 % des BIP für internationale Zusammenarbeit ausgeben, Entschuldung, gerechte Handelssysteme und Politik-Kohärenz umsetzen.
---	--	--	---	--	--	---	---	---	---	--	---	---	--	--	---	--

soziale und ökologische herausforderungen

700 Millionen Menschen verfügen über weniger als 1,90 US-Dollar am Tag. Der reichere Teil der Weltbevölkerung (11 %) verursacht die Hälfte aller CO ₂ -Emissionen, während die ärmere Weltbevölkerung stärker unter den Folgen des Klimawandels leidet. Phänomene wie Kinderarmut, Altersarmut und Armut trotz Arbeit sind auch in wohlhabenden Ländern allgegenwärtig.	13 % der Weltbevölkerung sind von Hunger betroffen. 1 % der bereits verfügbaren Nahrungsmittel wird benötigt, um deren Bedarf zu decken. Überproduktion, Lebensmittelverschwendung und Landnutzungskonflikte verstärken globale Schief lagen und verursachen Ungleichheit.	2 Milliarden Menschen haben keinen regelmäßigen Zugang zu medizinischer Versorgung. 90 % aller verfügbaren Medikamente werden lediglich von 15 % der Weltbevölkerung genutzt.	61 Mio. Kinder und 62 Mio. Jugendliche gehen nicht zur Schule. In ärmeren Ländern profitieren im Durchschnitt 10 % der Lernenden mit hohem Bildungsstand von 46 % aller Bildungsausgaben. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss in der schulischen, außerschulischen und lebenslangen Bildung verankert werden.	Frauen werden besonders häufig benachteiligt, entmachtet und Gewalt ausgesetzt. Sie stellen die Mehrheit unter Nicht-Besitzenden, Armen und Menschen, die nicht lesen und schreiben können.	Ca. 660 Mio. Menschen leben ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und 2,4 Mrd. ohne Toiletten- und Abwassersysteme (2015). Fehlender Zugang zur Nutzung von Wasser löst Konflikte aus und verstärkt Ungleichheit.	1,1 Mrd. Menschen müssen Zugang zu gemeinwohlorientierter und umweltverträglicher Energie erhalten. Die Energieproduktion ist gegenwärtig für ein Drittel des Ausstoßes aller Treibhausgase verantwortlich. Insgesamt muss der Energieverbrauch gesenkt werden.	Milliarden Menschen benötigen wirtschaftliche Perspektiven durch sozial- und ressourcenverträgliche Entwicklung, die planetare Grenzen berücksichtigt. Der Wachstumsbegriff muss hinterfragt werden, da weder der Zuwachs an materiellen Möglichkeiten noch der Rückgang der Erwerbslosigkeit die Armut in Deutschland verringert haben.	Ein großer Teil der öffentlichen Verkehrsinvestitionen fließt trotz gegenteiliger Ziele in den Straßenbau. Der bundesdeutsche Verkehrswegeplan (2016) opfert täglich 2,9 Hektar freie Landschaft für den Straßenbau. Die Kosten für den Erhalt dieser Infrastruktur belasten künftige Generationen.	Investitionen und öffentliche Gelder fließen zum größten Teil in Produkte und Unternehmen, die unsere Lebensgrundlage zerstören und Ungleichheit verstärken. Weltweite Transparenzstandards zu öko-sozialen Auswirkungen von Krediten und Investitionen müssen gestärkt werden. Verarmte, benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen müssen besonders von Investitionen profitieren.	Derzeit werden in Städten weltweit rund 70 % aller Ressourcen verbraucht und mehr als 75 % aller CO ₂ -Emissionen erzeugt. Gleichzeitig konzentriert sich zunehmend Armut in städtischen Räumen.	Unsere Erde kann einem nach Wirtschaftswachstum und Konsum ausgerichteten Lebensstil nicht gerecht werden. Die Schere zwischen dem Ressourcenverbrauch der Menschheit und dem, was unser Planet leisten kann, klappt damit immer weiter auseinander. Leben wir unverändert weiter wie bisher, würden wir bis zum Jahr 2030 zwei komplette Planeten benötigen, um unseren Bedarf zu decken.	Entwicklungsländer haben zusammen genommen bislang nur mit einem Anteil von 24 % zum Klimawandel beigetragen, sind heute aber besonders oft von dessen Folgen betroffen. Somit stehen die Industrieländer mit hohen Lebensstandards in der besonderen Verantwortung.	Fast 800 Mio. Menschen sind in der Fischereindustrie tätig. Überfischung ganzer Küstenregionen bewirkt den Niedergang der Kleinfischerei, hat prekäre Arbeitsverhältnisse in der Fischereiwirtschaft und neue Wanderungsbewegungen zur Folge. Die Verschmutzung der Meere, insbesondere durch Plastikmüll, nimmt zu.	Arme Menschen sind weltweit stärker von den lokalen Folgen von Klimawandel und Umweltzerstörung betroffen. Ihr Lebensunterhalt hängt oft von natürlichen Ressourcen ab und sie leben häufig in unmittelbar von Umweltzerstörung betroffenen Gebieten. Der Erhalt der Natur ist eine echte Frage der Generationengerechtigkeit.	Konflikte werden nicht nur durch gewaltsame Auseinandersetzungen, sondern auch durch die Nutzung natürlicher Ressourcen ausgelöst – vor allem, wenn diese Ungleichheit und Diskriminierung verstärkt. Der Umgang mit Waffenausport steht im klaren Widerspruch zur eigenen Position Deutschlands während des SDG-Verhandlungsprozesses: Dort hatte sich Deutschland für eine Einschränkung der Kleinwaffen-Proliferation ausgesprochen.	Die EU hat gegenüber Afrika in den vergangenen zwei Jahren einen Überschuss mit dem Handel von teils hochsubventionierten Produkten erzielt. Dem Export im Wert von 145 Mrd. € stand ein Import im Wert von 117 Mrd. € gegenüber. Dies führt zu einer weiteren Verschuldung afrikanischer Staaten und die Existenzgrundlage insbesondere vieler Kleinbauern und -bäuerinnen wird zerstört.
--	--	---	--	---	---	---	--	---	---	---	--	--	--	--	---	--